



MEINUNG
ZUM TAGE
von
Michael Agricola

Entfleischung des Abendlandes

Kurz vor dem Jahresende wollte der Bundeslandwirtschafts- und Ernährungsminister auch noch mal seinen Auftritt haben. Christian Schmidt von der CSU, sicher eine der unbekannteren Figuren des Kabinetts Merkel, legt sich kurz vor dem Silvesterfondue nochmal ordentlich für die Fleischindustrie ins Zeug. Erst kämpft er für den Platz des Schweinefleischs auf den Tellern der Kindertagesstätten und Kantinen des Landes – mit einer aufgewärmten, zum Teil muslimkritischen CDU-Debatte aus dem Frühjahr.

Gestern legte er mit der Initiative gegen die Irreführung des Verbrauchers nach, der in vegetarischer Currywurst doch tatsächlich Fleisch vermuten und sich betrogen fühlen könnte? Da muss man erst mal drauf kommen.

Sicher, gute Satire ist wichtig. Leider wird mancher Politiker ungewollt selbst zum Satiriker. Schmidts Fleischoffensive schlägt aber sogar den Ministerkollegen Dobrindt, der mit seiner Hoffnung auf das Funktionieren von Selbstverpflichtungen der Autoindustrie am Tag zuvor die Lacher auf seiner Seite hatte.

Doch zurück zum (Nicht-)Fleisch. Niemand hat etwas gegen Schweinefleisch auf Kontinentellern – solange es maßvoll gereicht wird. Der Fleischkonsum ist ja insgesamt auch keineswegs rückläufig. Schweinefleischverbote nur aus Rücksichtnahme auf Muslime gibt es aber einfach nicht. Dass weniger Schweine auf den Tellern landet, liegt vor allem daran, dass sich Ernährungsgewohnheiten und das Bewusstsein für gesünderes Essen langsam ändern – wenn Fleisch, dann lieber Geflügel oder Rind statt Schwein. Und natürlich würden Muslime, die nun mal einen Teil unserer Gesellschaft ausmachen, das Schweineschnitzel auf dem Teller liegen lassen. Insofern ist es folgerichtig, wenn Essensanbieter das Angebot entsprechend anpassen.

Gleiches gilt für die Veggie-Wurst. Die verkauft sich gut, aber nicht, weil sie Fleisch vorgaukelt. Verbraucher entscheiden sich bewusst dafür. Oder dagegen, wenn es ihnen nicht schmeckt oder sie merken, dass Pflanzenfett so viel gesünder auch nicht ist.

Schmidts Vorstöße hingegen sind peinlich. Weil der Minister auf der anderen Seite – wie seine Vorgänger – an der Einführung einer sinnvollen, einfachen Ampelkennzeichnung für gesunde und weniger gesunde Lebensmittel scheitert. Und daran, wirkliche Gaunereien bei Inhaltsstoffen zu ahnden. Oder daran, Lebensmittelproduzenten oder -verarbeiter namentlich nennen zu dürfen, die mit der Gesundheit ihrer Kunden spielen, indem sie gemahlte Zutaten verwenden oder Hygiene vernachlässigen. Wenn Schmidt hier etwas erreicht hat, kann er sich von mir aus dem eingebildeten Problem der Entfleischung des Abendlandes zuwenden.

Eine Wurst ist eine Wurst – oder?

Bundesernährungsminister Schmidt will, dass vegetarische Schnitzel oder Würste nicht mehr so heißen dürfen

Wer auf Lyoner, Schinken und Roulade steht, beäugt Soja-Würstchen oft mit Misstrauen. Agrarminister Schmidt sieht in Fleischersatz, der sich Schnitzel oder Wurst nennt, eine Verbrauchertäuschung. Er will handeln.

von Teresa Dapp

Berlin. Als Vegetarier muss man auf nichts verzichten. Weder auf Currywurst noch auf Geschnetzeltes oder Speckwürfel, nicht mal auf eine Blutwurst. Gut, all das ist vielleicht nicht aus Rind, Schwein oder Geflügel gemacht. Sondern aus Soja, Seitan oder Gemüse. Was Aussehen und Konsistenz angeht, kommen die Veggie-Produkte recht nahe ans Original ran. Und über Geschmack lässt sich bekanntlich nicht streiten. Über Bezeichnungen allerdings schon.

„Diese Begriffe sind komplett irreführend und verunsichern die Verbraucher“, antwortet Ernährungsminister Christian Schmidt auf die Frage der „Bild“-Zeitung, warum ein „vegetarisches Schnitzel“ oder eine „vegane Currywurst“ heißen dürfen, wie sie eben heißen. Der CSU-Politiker belässt es nicht dabei: „Ich setze mich dafür ein, dass sie im Sinne einer klaren Verbraucherkennzeichnung verboten werden.“

Wenn der weihnachtsbratensatte Deutsche Fragen zur Bedeutung von Wörtern hat, hilft ihm der Duden weiter. Da heißt es zur „Wurst“: „Nahrungsmittel aus zerkleinertem Fleisch“. Punkt für Schmidt. Aber auch:



Eine vegane Curry-Wurst wird während der BioFach-Messe 2015 in Nürnberg am Stand der Firma Veganz angeboten. Foto: Daniel Karmann

„etwas, was wie eine Wurst aussieht, die Form einer länglichen Rolle“. Man könnte durchaus argumentieren, dass auch die vegane Currywurst einer wurstförmigen Rolle gleicht. Oder sich darüber Gedanken machen, dass der Fleischanteil in manch günstiger Frikadelle geringer ist, als Kunden vermuten.

An dem Thema arbeitet in Schmidts Landwirtschaftsministerium eine eigene Arbeitsgruppe. Da geht es, wie ein Sprecher gestern erklärt, um „Klarheit und Wahrheit“, schließlich heiße Butter aus

Pflanzenöl auch Margarine. „Das ist ein ernsthaftes Ansinnen“, fühlt er sich genötigt zu betonen, als Journalisten ihn nach Fleischtomaten und österreichischen Palatschinken fragen – das sind Eierkuchen.

Das Ganze laufe auf eine Selbstverpflichtung hinaus, sagt der Sprecher weiter. Der Minister habe sich aber auch an die EU-Kommission gewandt, Milch und Käse seien auf EU-Ebene ja schon geschützt. Schmidt selbst sagt im Interview, er sei sich sicher, dass die Hersteller sich eigene Namen überlegen würden.

Das allerdings hält Till Strecker vom Vegetarierbund Deutschland (Vebu) für problematisch. Denn wenn eine Bezeichnung wie „Schnitzel“ ersetzt werden müsse, gingen damit viele Informationen jenseits des Fleischgehalts verloren, die Kunden auch mitdächten: Etwa zu Form, Zubereitungsweise und dass man es meist nicht zum Frühstück esse.

Erkenntnisse darüber, dass Kunden über Fehlkäufe klagen, weil sie statt Hähnchengeschnetzeltem irrtümlich Soja in den Einkaufswagen gelegt ha-

ben, gebe es dagegen nicht, sagt Strecker. Auch das zuständige Ministerium nennt auf Nachfrage keine Zahlen. Um große Debatten über Wurst und Fleisch auszulösen, braucht es die in Deutschland auch gar nicht. Das Thema bewegt und erzürnt, wie die Grünen 2013 mit ihrer Veggie-Day-Idee erfahren mussten. Schmidt bringt auch gleich noch ein zweites tierisches Reizthema auf und plädiert – ohne Zahlen – dagegen, dass Kitas und Schulen mit Rücksicht auf muslimische Kinder Schweinefleisch vom Speiseplan nehmen. „Völlig inakzeptabel“ sei das.

Zurück zur Tofuwurst. Schon im 19. Jahrhundert hätten Reformhäuser auch vegetarische Würstchen im Angebot gehabt, sagt Strecker vom Vebu. Inzwischen ist daraus eine lukrative Branche geworden. Mit Fleisch- und Wurstersatz hätte der Lebensmittel-Einzelhandel im Jahr 2015 mehr als 150 Millionen Euro Umsatz gemacht, heißt es beim Vebu unter Berufung auf das Marktforschungsinstitut Nielsen. Der Niederländer Jaap Korteweg hat „Der vegetarische Metzger“ gegründet und international Erfolg, auch in Berlin gibt es eine Filiale.

Man kann sich fragen, warum Vegetarier partout eine Wurst auf den Grill legen, in einen Burger beißen oder Geschnetzeltes verspeisen wollen. Schließlich gibt es reichlich traditionelle vegetarische Rezepte, auch deutsche, die ohne Fleischersatz auskommen. Das habe sicher mit Gewohnheit zu tun, sagt Strecker. „Man möchte mit der Familie zusammensitzen und hat Kartoffeln und Gemüse auf dem Teller und ein Stück dazu“ – nur eben kein Stück Fleisch.

Athen will Internierungslager für Migranten auf den Inseln bauen

Athen. Griechenland will zur Entspannung der Lage auf den Inseln der Ostägäis neue Internierungslager für bis zu 200 Migranten bauen. Dort sollen vor allem randalierende Migranten untergebracht werden. Dies teilte Migrationsminister Ioannis Mouzalas gestern in Athen mit.

Auf den Inseln war es in den vergangenen Wochen wiederholt zu Ausschreitungen gekommen.

Mouzalas teilte weiter mit, Griechenland werde eine neue Zählung der Migranten und Flüchtlinge durchführen. Alle sollen neue sichere elektronische Ausweise in Kartenform

bekommen. Zudem sollen sie monatlich bis zu 400 Euro erhalten, damit sie nicht mehr von privaten Suppenküchen abhängig sind, teilte Mouzalas mit. Mehrere Tausend Migranten und Flüchtlinge sollen in Wohnungen untergebracht werden. Alle noch existierenden Zelt-

lager sollen schließen, hieß es. Auf den Inseln Lesbos, Leros, Samos, Kos und Chios sind 16 000 Flüchtlinge untergebracht, die im Rahmen des europäisch-türkischen Flüchtlingspakts zurück in die Türkei geschickt werden sollen. Die Kapazität umfasst nur 8 000 Plätze. (dpa)

Köln sieht sich für Silvester gut gerüstet

Köln. Nach den massenhaften sexuellen Übergriffen vor knapp einem Jahr steht in Köln das Sicherheitskonzept für die nächste Silvesternacht. Kleinere Anpassungen habe es zuletzt nach dem Anschlag von Berlin gegeben, sagte Polizeipräsident Jürgen Mathies gestern. Er sei davon überzeugt, dass die Polizei gut vorbereitet sei. Nach dem Anschlag von Berlin will die Kölner Polizei Straßensperren in noch mehr Bereichen errichten als ohnehin vorgesehen. „Die letzten zwei Wochen haben uns gezeigt, wie zerbrechlich unsere Sicherheit sein kann“, sagte Mathies.

Die Polizei will in der Silvesternacht allein in der Kölner Innenstadt mit rund 1 500 Beamten im Einsatz sein – etwa zehn Mal so viele wie vor einem Jahr. Das Sicherheitskonzept, zu dem auch mehr Videoüberwachung und Brückensperren gehören, ist vor allem eine Reaktion auf die damaligen chaotischen Zustände und massenhaften Übergriffe rund um den Hauptbahnhof. Frauen wurden von Männerguppen eingekesselt, unter den Beschuldigten waren viele Flüchtlinge. Köln geriet weltweit in die Schlagzeilen.

Auch die Bundespolizei kündigte deutlich mehr Kräfte in Bahnhöfen und Zügen in NRW an. Sollte sich ein Brennpunkt entwickeln, verfüge man zudem über eine Interventionseinheit, die per Hubschrauber eingeflogen werden könnte. Eine für die Silvesternacht angemeldete Demo der rechtsextremen NPD am Kölner Dom hat die Polizei verboten. Inzwischen hat auch die AfD eine kleine Kundgebung an Dom oder Hauptbahnhof angemeldet. (dpa)

Eine Hauptstadt für beide Staaten

Nahost: John Kerrys flammender Appell für eine Zweistaatenlösung

Mehr als eine Stunde legt der scheidende US-Außenminister seine Vision für Frieden im Nahen Osten dar. Sein flammender Appell kommt spät. Trump hat da ganz andere Vorstellungen.

Washington. Der scheidende US-Außenminister John Kerry hat in deutlichen Worten an Israelis und Palästinenser appelliert, die Zweistaatenlösung nicht aufzugeben. Diese sei die einzige Möglichkeit, dauerhaft Frieden zu schaffen, sagte Kerry gestern in Washington in einer mehr als einstündigen Grundsatzzrede zum Nahostkonflikt. Er wies zugleich Kritik aus Israel zurück, die USA hätten das Land mit der Enthaltung im UN-Sicherheitsrat im Stich gelassen.

Der künftige US-Präsident Donald Trump sicherte Israel unterdessen seine Unterstützung zu und übte scharfe Kritik an der Haltung der scheidenden Regierung.

Kerry legte in sechs Punkten seine Vision einer Friedensregelung in dem Konflikt dar. Er macht sich darin für eine Zweistaatenlösung auf Grundlage

der Grenzen von 1967 mit vereinbartem Landtausch stark.

Jerusalem müsse Hauptstadt für beide Staaten sein, sagte er. Die Vereinbarung müsse Israels Sicherheitsbedürfnissen gerecht werden. Zudem forderte Kerry ein vollständiges Ende der Besatzung, die Entmilitarisierung der Palästinenser sowie eine Entschädigung für das palästinensische Flüchtlingsproblem.

Kerry sagte, beide Konfliktparteien hätten die Wahl. Laufe es auf einen einzigen Staat hinaus,



US-Außenminister John Kerry. Foto: Shawn Thew

„dann kann Israel entweder jüdisch sein oder demokratisch“, fügte er hinzu. „Es kann nicht beides sein, und es wird sich niemals wirklich im Frieden befinden.“ Es war Kerrys letzte große Rede zum Nahostkonflikt, bevor der Demokrat am 20. Januar 2017 aus dem Amt scheidet. Er hatte als Vermittler die vorerst letzten Friedensgespräche zwischen Israel und den Palästinensern ermöglicht. Diese scheiterten im April 2014.

Zwischen den USA und Israel war es in den vergangenen Tagen zu Spannungen gekommen, nachdem der UN-Sicherheitsrat Israel am Freitag zu einem vollständigen Siedlungsstopp in den besetzten palästinensischen Gebieten einschließlich Ost-Jerusalem aufgefordert hatte. Siedlungen wurden darin als Verstoß gegen internationales Recht und großes Hindernis für einen Frieden in Nahost bezeichnet. Die USA verzichteten auf ihr Vetorecht und enthielten sich. Israels Ministerpräsident Benjamin Netanyahu warf Kerry nach dessen Rede Voreingenommenheit gegenüber Israel vor. „Über eine Stunde lang hat Kerry sich zwanghaft mit den Siedlungen befasst und kaum mit der Wurzel des Konflikts – der Opposition der Palästi-

nenser gegen einen jüdischen Staat in irgendwelchen Grenzen“, sagte Netanyahu. Damit gleiche die Rede der Resolution des Weltsicherheitsrates gegen die israelische Siedlungspolitik, „die Kerry bei der UN vorangetrieben hat“. Kerry hatte dies zurückgewiesen.

Ein ranghoher israelischer Minister hatte Kerrys Rede bereits im Vorfeld als „armseligen und undemokratischen Schritt“ verurteilt. Es sei klar, dass die scheidende Regierung des US-Präsidenten Barack Obama dem künftigen US-Präsidenten Donald Trump mit ihren Schritten „Fesseln anlegen“ wolle, sagte Gilad Erdan, Minister für öffentliche Sicherheit. Auch Trump übte erneut scharfe Kritik an der Haltung der amtierenden Regierung. „Wir dürfen Israel nicht länger mit solch totaler Verachtung und Respektlosigkeit behandeln“, schrieb der Republikaner vor Kerrys Rede bei Twitter. Israel habe in den USA einst einen „großartigen Freund“ gehabt, dem sei aber nicht mehr so. Nach seiner Amtsübernahme werde sich das wieder ändern, versicherte Trump, der mit David Friedman einen US-Botschafter ernannt hat, der ausdrücklich hinter der Siedlungspolitik steht. (dpa)